

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Janowitz 2120

Anzeigen die dreifachspaltig. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinzahlung auf Postcheck. Alfred Kiebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ersten Befürchtungen der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeitnehmerchaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. An der Aussprache nahmen auch der Reichsminister und der Reichsarbeitsminister teil.

Einleitend führte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, folgendes aus:

Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierten Arbeitern und 1 1/2 Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als einem Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am schärfsten und am peinlichsten betroffen sind. Ende Januar waren 34,5 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 Proz. arbeiteten verkürzt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt.

Durch unseren Mund sprechen also auch die fünf Millionen Arbeitslosen, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit lenken und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten.

Wir haben lange gezögert, Ihre Zeit für uns in Anspruch zu nehmen. Wir waren und sind überzeugt, daß die große Sorge der Arbeitslosigkeit, die alle mitführenden Herzen in der ganzen Welt erfaßt hat und alle sozial denkenden Menschen bedrückt, auch eine der größten Sorgen Ihres hohen Amtes ist. Wir glauben es deswegen nicht nötig zu haben, unsere Mühe und unsere Klagen Ihnen erst noch vorzutragen. Aber die Lage ist von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung auch für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat.

Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen darauf Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor anderen Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie manche es uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, habe ich bereits aneführt. Besonders verweist steht es unter der Arbeitnehmerchaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70

bis 80 Proz. auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufstätigkeit und Berufsfähigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß.

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfang die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 lekte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und sonstigen iberartistischen Verdienste allmählich abblenden. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden und der Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbelohnten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leistet und die die Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit empfinden.

Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsklassen einen berechtigten Anspruch zu haben.

Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung aufgestellt, die ich die Ehre habe, Ihnen hiermit vorzutragen:

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsklassen bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch

die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringerten Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Befundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu befeitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist es notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Befestigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelegung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitereien zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb befeitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rückficht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden geteilt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichmachung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerchaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Recht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle

Kollege Ewald Gash Jubilar.

Am 10. März d. J. sind es fünfundsiebzig Jahre, daß Kollege Ewald Gash, Frankfurt a. M., seine Tätigkeit als besoldeter Gauleiter des Südwest-Gaues begann. Er war beim Antritt seines Postens kein Realting mehr auf diesem Gebiet. Am 26. Januar 1873 in Chemnitz geboren, erlernte er das Tapezierergewerbe, diente dann, wie das zu damaliger Zeit üblich war, seine Zeit beim „Kommich“ ab und trat im Jahre 1899 dem Tapeziererverband bei. Bald war er einer der eifrigsten Funktionäre der Dresdener Ortsverwaltung. — Anfang des Jahres 1902 erfolgte auf der Gaukonferenz zu Halle an der Saale seine Wahl zum Gauleiter des mitteldeutschen Gaues. Derselbe umfaßte das damalige Königreich Sachsen, die thüringischen Herzogtümer, Anhalt und die Provinz Sachsen. Dieser große Gau mußte ehrenamtlich, gewissermaßen nach Feierabend bearbeitet werden. Im Frühjahr 1904 lehnte Kollege Gash eine Wiederwahl ab und folgte einem Ruf des Hauptvorstandes nach Plauen i. V. Hier hatte die Spitzen- und Gardinenindustrie einen riesigen Aufschwung genommen, eine starke Bautätigkeit war die Folge und Kollege Gash wurde nun dazu berufen, die zahlreich beschäftigten Kollegen dem Verband zuzuführen und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. — Im Jahre 1905 folgte Gash einem weiteren Ruf des Hauptvorstandes nach Kassel, um die dortige Organisation auf die Beine zu bringen.

Am 10. März 1906 erfolgte dann seine Anstellung als Gauleiter des Südgaues. Daß ihm dadurch zufallende Arbeitsgebiet umfaßte zu dieser Zeit Bayern, Württemberg, Baden, Eläß-Lothringen und die beiden Hessen. Kollege Gash hat es immer verstanden, mit den verschiedenen Landmannschaften gut auszukommen. So manche Verwaltungsstelle hat er gegründet, so manchen Tarifvertrag abgeschlossen und so manche Differenz geschlichtet. In hunderten von Beratsammlungen hat er zu Kollegen gesprochen und ist für die Verbände und Ziele unseres Verbandes eingetreten. Wenn heute die Organisationsverhältnisse lüchlich des Raums auf einer gewissen Höhe stehen, so kann Kollege Ewald Gash ohne Ueberheblichkeit einen guten Teil dieses Fortschritts auf sein Kreditkonto verbuchen. — Neben dieser Arbeit für den Verband betätigte er sich besonders im Krankenkassenwesen und steht in der Dristanfalle seines Wohnortes Frankfurt a. M. und in unserer Tapeziererzunft an verantwortlicher Stelle. So kann unser Jubilar auf eine lange Zeit treuer Pflichterfüllung und selbstloser Arbeit für unseren Verband zurückblicken. Wir wünschen und hoffen, daß ihm noch eine Reihe von Jahren in voller geistiger und körperlicher Frische beschieden sind und damit seine wertvolle Arbeitskraft der Gesamtbewegung und besonders unserer Organisation noch recht lange erhalten bleibt.



unerschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird. Die Spitzverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Linderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einvernehmen mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben leister stärksten Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kräfte hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.

Von einer ausführlicheren Begründung im einzelnen — so schloß Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen.

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbisch, der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben würde, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde.

Kollege Leipart fand Gelegenheit, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung noch einmal hervorzuheben. Er verwies darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebotes sowohl der menschlichen wie der maschinellen Arbeitsträfte die Lage sich gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollen die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig.

Grafmann sprach eindringlich gegen die Politik der Lohnlenkung. Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten eine Anzahl Inflationsercheinungen und Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müßten.

Reichsminister Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, so auf dem Gebiete der Rationalisierung, der Standarbisierung, der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung eventuell Gebrauch machen.

Dann benutzte Reichspräsident Hindenburg die Unterbrechung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden, um zu helfen.

Der Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1931.

Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung ist im Jahre 1930 um etwa 20 Proz. weniger als im Jahre 1929 gebaut worden. Das bedeutet für die Bauwirtschaft einen Ausfall von rund 1,8 Milliarden Mark. Auf Grund der Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauergewerksbundes, nach der im Durchschnitt des Jahres 1930 die Beschäftigtenzahl um mehr als ein Viertel unter der des Jahres 1929 lag, erhöht sich der Ausfall sogar auf rund 2 1/2 Milliarden Mark.

Diese erhebliche Stodung der Bautätigkeit ist auch auf die Beschäftigtenzahl der sozialen Baubetriebe nicht ohne Einfluß geblieben. Sie ist von 17 776 im Jahresdurchschnitt des Jahres 1929 um rund 12,5 Proz. auf 15 554 im Jahresdurchschnitt des Jahres 1930 zurückgegangen.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, Nummer 4, vom 15. Februar 1931, der wir obige Angaben entnehmen, schließt an diese Feststellung die amfich ermittelten Zahlen über den zu deckenden Wohnungsbedarf an. Nach einem von Ministerialrat Behmann gehaltenen Vortrag ist für das Jahr 1931 mit einem Zuwachsbedarf von 165 000 und für das Jahr 1932 von 170 000 Wohnungen zu rechnen. Im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre wird ein Zuwachsbedarf von 130 000 Wohnungen angenommen werden können. Würde der tatsächliche Wohnungsbedarf von mindestens 130 000 Wohnungen und der Zuwachsbedarf auf zehn Jahre verteilt, so ergäbe sich allein für Brücken ein jährlicher Durchschnittsbedarf von 175 000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren.

Während in der Vorkriegszeit in Brücken jährlich 135 000 bis 150 000 Wohnungen gebaut worden sind, könnten bei den jetzt zur Verfügung stehenden Hausungsmitteln von 200 bis 210 Millionen Mark günstigstenfalls 65 000 Wohnungen mit Zuschüssen

gebaut werden. Für das Reich kämen 140 000 Wohnungen in Frage. Selbst nach Abzug der von den verschiedenen öffentlichen Stellen geforderten Wohnungsbauten blieben immer noch 55 000 Wohnungen übrig, für die keine Mittel vorhanden seien. Ein trostloses Bild nach jeder Richtung hin.

In einem weiteren Aufsatz „Unser Wohnungsbau als Weltanschauungsfrage“ stellt Stadtrat Dr. Helmut Eickmann und Wohnungsmiete mit dem Ergebnis gegenüber, daß 70 Proz. aller erwerbstätigen Volksgenossen auf Kleinstwohnungen angewiesen seien. Kann auch die Kleinstwohnung nicht als eine ideale Lösung gelten, so verdienen doch die Bestrebungen, in Anpassung an die Kreisgrundsätze einigermaßen erträgliche Kleinstwohnungen zu schaffen, Beachtung. Die Gehag-Ausstellung 1931 in Berlin bringt eine solche Lösung. Die 36,08 Quadratmeter Wohnfläche enthaltende zweiräumige mit Bad und elektrischem Licht versehene Gehag-Wohnung kann auf Grund verbindlicher Angebote für 7520 Mark gebaut und gegen eine Monatsmiete von 37,15 Mark abgegeben werden. Die Grundrisse der in Originalgröße ausgestellten Gehag-Wohnungen werden mit einem entsprechenden Bericht in der Sozialen Bauwirtschaft wiedergegeben. Die gleichfalls abgedruckten wichtigen Entschlüsse des Preussischen Landtages zum Wohnungsbau 1931 und die auszugswweise wiedergegebenen wichtigsten Forderungen zu den Kreisgrundsätzen runden das Gesamtbild der Lage des Wohnungsbaues im Jahre 1931 ab.

Ein bemerkenswerter Beitrag von Nikolaus Bernhard über die Entwicklung des holländischen Wohnungsbaues widerlegt einwandfrei die Behauptung, daß die Steigerung der Baupreise auf die Subventionierung des Genossenschafts- und Gemeindefaues zurückzuführen sei. Das Gegenteil ist richtig. Die nach dem Steigen der Preise einsetzende Subventionierung dieser Bauten hat zur Senkung der Baupreise geführt.

In mehreren Erörterungen werden die Angriffe des privaten Bauunternehmertums auf die sozialen Baubetriebe zurückgewiesen und dabei rüchständige Anschauungen und die heute ärger als je grassierende Schmutzkonzurrenz geoffenbart.

Die von dem Hamburger Bildhauer W. Rex geschaffene, im Bild wiedergegebene Bauhütten-Plakette wird als künstlerisch wertvolles Symbol des Bauhüttengebantens die Erinnerung an zehnjährige Gemeinschaftsarbeit wacherhalten.

Berichte aus den Verwaltungen

Verwaltungsstelle Berlin im Jahre 1930. Die ungünstige Wirtschaftslage des Jahres 1930 fand in den uns zugehörigen Berufen gewissermaßen ihren Gipfelpunkt. Die schon im Jahre 1929 stark herrschende Arbeitslosigkeit in unserer Verwaltungsstelle stieg zahlenmäßig im Berichtsjahr von rund 1200 auf 1843 Mitglieder. Die Größe dieser Mißere kam bei der diesjährigen Extra- (Weltachts-) Unterföhlung

zum treffenden Ausdruck. Rahmen doch nicht weniger als 1747 Mitglieder, das sind 41 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, daran teil. Besonders in der Autobranche lagen die Verhältnisse ganz katastrophal, indem mehr als 70 Proz. der Branchenangehörigen am Schluß des Jahres arbeitslos waren. Aussehen und Kurzarbeit waren in allen Branchen mehr oder weniger üblich.

Die herrschende Krise hemmte naturgemäß die bisherige Aufwärtsentwicklung bezüglich der Lohngestaltung. Wohl traten während des Berichtsjahres für zwei Branchen noch Lohnerrhöhungen ein, und zwar für die Tapezierer sowie Handwerkslattler um 4 bzw. 2 Pfennig, jedoch geschah dies auf Grund von Vereinbarungen aus dem Jahre 1929. — In der Lederwarenbranche wurde das Lohnabkommen von beiden Parteien zum 31. März 1930 gekündigt. Weber freie Verhandlungen noch ein Schlichtungsversuch des Schlichtungsausschusses führte zu einer Vereinbarung. Erst am 28. Juni wurde vor dem Schlichter die Bewegung in dem Sinne beantragt, daß die bisherigen Löhne (Mindestlohn 1,10 Mk.) bis zum 31. März 1931 Geltung haben sollten. Ein Abschluß, der rücksehend nicht als ungünstig zu bezeichnen ist. — Die Tapeziererbranche war während des Jahres tariflich gebunden, Tarifvertrag auf der Gegenseite waren bisher allein die Groß-Berliner Tapezierer-Innungen. In der Zukunft wird sich eine Änderung insofern anbahnen, da ein Teil der Arbeitnehmer, Inhaber von sogenannten Industriebetrieben, als neue Arbeitgebervereinigungen auftreten und selbstständig mit uns Tarife abschließen wollen. Diese Vereinigung führt den Namen Reichsverband der Leder-, Polstermöbel- und Matratzenfabrikanten e. V. Die Lohnabkommen der Linoleumleger sowie der Treibriemer wurden zum Zwecke des Lohnabbaues von den Unternehmern zum 30. September 1930 gekündigt. In beiden Fällen gelang es, die alten Löhne bis auf weiteres zu verlängern und blieben die alten Löhne von 1,70 Mk. bei den Linoleumlegern bzw. 1,26 Mk. bei den Treibriemern bis zum Schluß des Jahres bestehen. — Die Unternehmer in der Zeit-, Matratzen- und Pianbranche kündigten ebenfalls das Lohnabkommen zum 30. September 1930. Nach der Kündigung löste sich die Arbeitgebervereinigung auf, anscheinend zu dem Zweck, Tarife mit uns nicht mehr abzuschließen. Da ein Lohnabkommen nunmehr nicht bestand, verpflichteten sich die Branchenkollegen, nur zu dem bisherigen Tariflohn von 1,50 Mk. zu arbeiten, und hat dieser Beschluß bisher auch Geltung behalten. — In der Branche der Handwerkslattler haben sich tarifliche Änderungen im Laufe des Jahres nicht ergeben; der Mindestlohn beträgt 1,05 Mk. — In der Karosseriebranche, die nicht nur unter der wirtschaftlichen Krise, sondern auch noch durch die ausländische Konkurrenz stark zu leiden hatte, wurde der Lohn tariflich gleichfalls von den Unternehmern zum 30. September 1930 gekündigt. Mehrere Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Inzwischen erfolgte auch die Kündigung des Manteltarifs; nun hatten die Unternehmer zwei Trümpe in der Hand. Trotzdem erfolgte am 15. Dezember eine Einigung

über den Lohn- und Rahmenvertrag. Das neue Rahmenabkommen sieht einen zweimaligen Abzug von 3 Proz. vor und hat Geltung bis zum 30. Juni 1931. Nach Herabsetzung von einzelnen Urlaubslohn wurde die Kündigung des Rahmenvertrags zurückgenommen. Die von unserer Seite zugeordnete Konzeption wurde deshalb gemacht, um die Allgemeinverbindlichkeit des Rahmenvertrags zu erhalten, da bei einem vollständigen Neuaufschluß eine Allgemeinverbindlichkeit auf Grund der strükturellen Verhältnisse nicht mehr in Frage gekommen wäre. — In der Filmindustrie sowie im Hotelgewerbe, wo der kleinere Teil unserer Mitgliedschaft beschäftigt ist und wir teilweise im Kartellverhältnis mit den beteiligten Organisationen stehen, haben sich bis zum Schluß des Jahres tarifliche Veränderungen nicht ergeben.

Ein Kartellverhältnis besteht auch in der Metallindustrie. Die Unternehmer dieser Industrie hatten es auch sehr eilig mit dem Lohnabbau, trotzdem die Höhe in der Berliner Metallindustrie tief genug liegen. Diese gut organisierte Unternehmergruppe suchte sich klugerweise die schwächste Front der Arbeiterschaft für ihren Stoß aus, denn das Organisationsverhältnis in der Industrie läßt sehr zu wünschen übrig. Der Verlauf und die Beendigung der Bewegung nach einem 14tägigen Streik war derart, daß es für die Gesamtarbeiterschaft die schlimmsten Folgen zeitigte. Das traurige Spaltungsmandat der A.G.D. durch Gründung einer eigenen Organisation in Verbindung mit dem Verlassen des gewerkschaftlichen Vertrauensmannes im entscheidenden Schiedsgericht hat unheilvolle Konsequenzen nach sich gezogen und allen nachfolgenden Abbaubewerfen der Unternehmer die entscheidende Richtung gewiesen. Es soll dabei gewiß nicht verkant werden, daß die Arbeitsmarktlage der wichtigste Faktor für die Lohngestaltung ist, aber obenbeschriebene Begleitumstände mußten eine lähmende Wirkung ausüben. Nach dem endgültigen Schiedspruch vom 8. November 1930 trat eine Kürzung der Mindestlöhne um 3 Proz. ein, eine weitere Kürzung um 5 Proz. erfolgte am 19. Januar 1931. Damit sank der Spitzenlohn ab 17. November auf 1,09 Mt. Die weitere Senkung am 19. Januar 1931 betrug 6 Pf. In dem Streik wurden 97 Kollegen unserer Organisation unterstützt.

Die Ungunst des Jahres und der damit herbeigeführte Druck der Unternehmer auf die Arbeitsverhältnisse löste zahlreiche Differenzen aus. In über 100 Fällen mußten die berechtigten Ansprüche unserer Mitglieder vor den Arbeitsgerichten, den tariflichen Schlichtungsinstanzen sowie den Spruchauschüssen mit wechselndem Erfolge vertreten werden. Ein besonderes Kapitel, das hier aus Raumgründen nicht behandelt werden kann, war der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsvertragsungen.

Das organisatorische Leben der Verwaltungsstelle wurde nicht nur durch die Krise, sondern auch am Anfang des Jahres durch das Treiben der sogenannten revolutionären Opposition beeinträchtigt. Sprengungen und gewalttätige Störungen von Versammlungen waren die ungewerkschaftlichen Mittel, derer sich die Opposition mangels anderer Argumente bediente. Die Mitgliedschaft machte aber kurzen Prozeß mit diesem Treiben. In Stelle der Generalversammlungen wurden die Funktionärversammlungen gesetzt, und außerdem erhielten die Quertreiber die besondere Dultung dadurch, daß bei den Wahlen zur Ortsverwaltung und den Branchensektionen sämtliche Scheinrevolutionäre ihre bisher innegehabten Stützpunkte durch Nichtwählerwahl verloren.

In vier Funktionärversammlungen und 103 Branchen- und Sektionsversammlungen wurden alle organisatorischen Fragen behandelt und in kollegialem Geiste erledigt. Die meisten Branchen halten regelmäßige Monatsversammlungen ab, die in Ausnahmefällen ausfallen oder durch außerordentliche Versammlungen ergänzt werden. Im letzteren Falle geschieht dies besonders bei Lohn- und Tarifbewegungen.

Betriebsräte, Jugend- sowie Taubstummensektionen hielten ebenfalls regelmäßige Veranstaltungen ab. 70 Betriebe wurden durch 170 Betriebsvertretungsmitglieder erfasst. In einem besonderen Kursus wurde der Titel VII der Gewerbeordnung behandelt. Zu allen anderen Veranstaltungen der Betriebsräte waren Themen arbeitsrechtlicher und wirtschaftlicher Natur vorgelesen.

Die Jugendabteilung besteht aus 200 Mitgliedern. Versammlungen, Wanderungen, Film- und Kulturveranstaltungen wechseln in bunter Reihenfolge ab. Ein Kursus über Esperanto erstreckte sich über den ganzen Winter. Die gesamten Veranstaltungen der Jugendabteilung finden leider nicht den Zulauf, den sie auf Grund des Gebotenen verdienen. Die räumliche Ausdehnung Berlins sowie die mit einer Weltstadt verbundene anderweitige kulturelle und sportliche Ablenkung bildet anziehend den Hauptgrund für die mangelnde Beteiligung. Es wird in Zukunft nichts unversucht bleiben, hier eine Besserung eintreten zu lassen.

Die Taubstummensektion, die für ihre Verhältnisse im Rahmen der Organisation und in Verbindung mit den taubstummen Mitgliedern der freien Gewerkschaften ihre besonderen Zusammenkünfte abhält, konnte in diesem Jahre auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Diese Festtage wurde am 15. November 1930 verbunden mit einer harmonisch verlaufenen Feier der 87 Jubilare, die im Berichtsjahr erneut zu den „Fünfundzwanzigjährigen“ geflohen sind.

Die Mitgliederbewegung und Beitragszahlung hat naturgemäß unter den Auswirkungen der furchterlichen Krise und der damit verbundenen schlechten Beschäftigungserhältnisse gelitten. Der Jahresdurchschnitt der Mitglieder betrug 4673. Am Schluß des Berichtsjahrs verblieben 4610, ein Minus von 455 Mitgliedern. Bedauerlich, aber aus den vorhandenen Verhältnissen heraus — Krise, Abwanderung, Berufswechsel, Uebertritte usw. — erklärlich. Die Beitragsleistung betrug pro Mitglied und 51%; davon 34% Geldbeiträge und 17% Beiträge in Form von Anerkennungsarten.

Für die Hauptkasse standen den reinen Beitrags-einnahmen in Höhe von 198 214,10 Mt. Ausgaben in Höhe von 181 893,83 Mt. gegenüber, darunter allein für Unterstützungen die Summe von 133 726,15 Mt. Immerhin konnten noch rund 16 000 Mt. der Hauptkasse überwiesen werden. Die Lokalkasse mußte auf Grund der starken Anforderungen Haare lassen. Den reinen Einnahmen aus den Lokalarbeitern in Höhe von 35 600 Mt. standen allein Ausgaben für Unterstützungen in Höhe von 39 600 Mt. gegenüber. Als besondere Posten sind darin enthalten rund 5000 Mt. für Notkassenunterstützungen, 16 790 Mt. für die lokale Weihnachtsunterstützung, sowie 17 800 Mt. für Beitragsmatten während des Unterstützungsbezuges. Der letzteren Unterstützungsart wird wenig Beachtung geschenkt, es zeigt sich aber, welche große Summen in Zeiten des wirtschaftlichen Tiefstandes dabei in Betracht kommen. Die Summe, die für die lokale Weihnachtsunterstützung in Verbindung mit der zentralen Weihnachtsunterstützung in Höhe von 13 225 Mt. insgesamt 30 000 Mt. überschritten hat, zeigt die praktische Solidarität der Organisation von der einkrudersollten Seite. Der Kassenbestand der Lokalkasse verminderte sich im Laufe des Jahres von 121 205,55 Mt. auf 114 813,25 Mt.

Nur in zusammengebrängter Form konnten wir das Arbeiten der Berliner Verwaltungsstelle der Kollegschaft zur Kenntnis bringen. Trotzdem kann nach diesem kurzen Bericht nicht die Frage der Erzielenberechtigung der Organisation aufgeworfen werden, sondern wir sind der Meinung, diese Frage ist damit schon beantwortet. Notwendig ist in dieser Zeit die Treue zur Organisation. Wer jetzt zu uns hält, wird auch in Zukunft zu uns halten. Das Jahr war schwer, das kommende kann schwerer sein; deshalb: standhaft trotzdem und allem! W. O.

Leipzig, Jahresgeneralversammlung vom 10. Februar. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte man der im letzten Jahre verstorbenen acht Mitglieder in der üblichen Weise. Kollege Fröhner ergänzte in längerer Ausführungen den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht. Er wies besonders darauf hin, daß unsere örtliche Verwaltungsstelle besonders schwer unter der Wirtschaftskrise leide. Fast ohne Ausnahme liegen alle Branchen brach. Am Jahresschluß waren 60 Proz. arbeitslos, 25 Proz. kurzarbeitend und nur 15 Proz. vollarbeitende Mitglieder zu verzeichnen. Die Vermittlungsmöglichkeiten durch den Sachnachweis waren äußerst gering. Die Ortsverwaltung hat trotz der schwierigen Verhältnisse gute Arbeit geleistet. Dafür ist der erfolgreiche Streik der Tapezierer im Frühjahr der beste Beweis, wenngleich er von einschneidender Wirkung auf die Kassenverhältnisse war. Die Mantelverträge waren mit Ausnahme des Reichstarifes für die Treibriemenbranche, der mit geringen Veränderungen neu abgeschlossen wurde, keinen Veränderungen unterworfen, während die Lohnsätze gegen Jahresende restlos gekündigt wurden. In der Lederwarenindustrie mußten wir durch Schiedspruch einen Lohnabbau von 6 Pf. in der Spitze hinnehmen. Inzwischen sind auch die Mantelverträge der Lederwaren- und der Karosseriebranche für Ende April gekündigt worden. Trotz guter Ausnutzung der Agitationsmöglichkeiten, insbesondere bei den Tapezierern verringerte sich der Mitgliederbestand um 110; bei der rückläufigen Entwicklung unserer Vererbung ist mit weiterem Abgleiten der Mitgliederzahl zu rechnen. Mütterliche und weibliche müssen mehr noch als bisher unserer Bewegung zugeführt werden. Die Lehrlingshaltung in den Tapezierer- und Sattlerbetrieben bedarf dringend einer Revision.

Der Besuch an den einzelnen Veranstaltungen war wenig beschreibend, die Teilnahme an den Bildungsfürsien erfreulicherweise gut. Zwei Meldungen für die Bundeskassule wurden leider vom Hauptvorstand nicht berücksichtigt. 47 Arbeitsgerichtsverfahren wurden, zum überwiegenden Teil mit obliegenden Erfolg, von der Ortsverwaltung durchgeführt. Es ist zu wünschen, daß die Funktionäre auf arbeitsrechtlichem Gebiet ihr Wissen bereichern. Anschließend

wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal und der Jahreskassenbericht erläutert. Für die Hauptkasse wurden insgesamt 52 337,60 Mt. für Unterstützungszwecke ausgegeben. Der Abchluß der Lokalkasse weist einen Minusbetrag von 785,95 Mt. auf, der sich durch enorme Ausgaben verschiedener Art erklärt. Der Markenumlage ist mit durchschnittlich 44 Marken pro Mitglied unbetrieblend.

Den Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses erstattete Kollege Oplig. Unter anderem hob er hervor, daß der Beschluß des Ortsausschusses, die Mittel für die Erhaltung der Zentralarbeiterbibliothek in Zukunft einzustellen, richtig war. Es hat sich herausgestellt, daß durch planmäßiges Wirken der Arbeitervertreter im Stadtparlament die städtischen Bücherhallen so ausgebaut wurden, daß die Belange der Arbeiterschaft voll und ganz gewahrt sind. Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Ortsausschluß nichts unversucht gelassen, Härten zu mildern. Durch Verhandlungen mit dem Rat der Stadt wurde die Einstellung einer beträchtlichen Anzahl Wohlfahrtserwerbsloser zu den Lohnlosen ungelernter Gemeindegewerkschaft erreicht. Die Rechtsberatung erteilte 14 825 Auskünfte. Für die jugendlichen Erwerbslosen fanden 12 Freizeitkurse im Eigenheim der Leipziger Gewerkschaften Neumühle statt. Den freien Leipziger Gewerkschaften sind 115 596 Mitglieder, dabei 23 080 weibliche, angegeschlossen.

Kollege Berger gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung und den Stand des Volkshauses. Er betonte, daß Leipzig das größte und modernste Gewerkschaftshaus Deutschlands besitzt. Leider soll es durch verschleierte Maßnahmen des Staatsfiskus steuerlich sehr belastet werden.

In der Diskussion wurde nur auf die Kassenverhältnisse Bezug genommen. Es fand ein Antrag der Ortsverwaltung Annahme, daß künftig die Beiträge in Unterstützungsfällen die Mitglieder selbst tragen und diese Beiträge ohne Lokalkassenschlag erhoben werden. Damit ist der Gehundung der Lokalkassenverhältnisse der Weg gebnet.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung brachte verschiedene Veränderungen in der Besetzung. In Stelle des Kollegen Rege, der nach sechsjähriger Tätigkeit sein Amt als Vorsitzender niederlegte, wurde der bisherige zweite Vorsitzende und Sektionsleiter der Tapezierer Kollege Oplig gewählt. Auf den Posten des zweiten Vorsitzenden und zugleich Leiters der Bedemarenbranche wurde Kollege Steiner berufen. Neben zwei neu hinzugewählten Kollegen blieben die meisten der bisherigen Mitglieder im Amt. Auch die alten Revisoren fungieren weiter. Den Auscheidenden wurden durch die Kollegen Fröhner und Oplig herzliche Worte des Dankes für ihre Mitarbeit gewidmet. Sattler Walter Heme wurde wegen Streikbruchs ausgeschlossen. Mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder soll von der Abhaltung eines Vergnügens Abstand genommen werden. Vor Schluß der Versammlung wurden die Verdienste des kürzlich verstorbenen Gründers des Tapeziererverbandes, des alten Kollegen Gruenwald, gewürdigt. Möge die junge Generation allzeit solichem Beispiel aufopfernder Hingabe an unsere Sache nachzueifern!

Stuttgart, Jahresversammlung vom 13. Februar 1931. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden vier verstorbene Mitglieder in der üblichen Weise geehrt. Kollege Schorler vermisste noch auf die am 1. März von den Arbeitersportlern geplante große Kundgebung in der Stadthalle. Den Jahresbericht erstattete Kollege König. Er bemerkte einleitend, daß wegen Arbeitsüberhäufung und auch aus Erparnisgründen von der Drucklegung eines Berichts Abstand genommen wurde. Das verfloßene Jahr könne von unserm Standpunkt aus keine Befriedigung auslösen. Der Wirtschaft lebe die Führung. Es lasse sich nicht mehr aufrechterhalten, daß der Unternehmer lediglich vom Gesichtspunkt seines Profitinteresses handelt. Als wichtigste Gegenwartsaufgabe komme die Verkürzung der Arbeitszeit in Frage, um die Kräfte wieder in die Produktion zurückzubekommen, die von der Rationalisierung ausgeschlossen wurden. Selbst im Arbeitgeberlager beginnt es zu dümmern, zunächst seien es zwar weiße Raben, die einsehen, daß durch Anteilnahme an der Produktion die Soziallasten herabgemindert werden können, wodurch eine Steigerung der Produktionskosten vermieden wird.

Die Wirtschaftskrise habe sich auf alle Branchen unseres Verbandes ziemlich gleichmäßig ausgebreitet, jedoch auf die einzelnen Betriebe und in den Jahresabschnitten äußerst verschieden.

In der Lederwarenbranche mit 621 Mitgliedern, darunter 216 weibliche, sind kaum ein Drittel voll beschäftigt. Ein Drittel ist arbeitslos. Die Firma J. Hill ist eingegangen. Die Firma E. Stetter hat ebenfalls zu produzieren aufgehört. Der Tarifabschluß brachte als wesentlichste Veränderung eine Angleichung des Projektionskoeffizienten der Arbeiterinnen an die übrigen Bezirke im Reich. An Streitigkeiten und Kämpfen gegen die fortgesetzten Versuche auf Herabdrückung der Höhe hat es auch in diesem Jahr nicht gefehlt.

